

Stadt Reutlingen 61 Amt für Stadtentwicklung und Vermessung Gz.: 61-2 Wü		<b>24/077/02</b>		02.09.2024
<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Behandlungszweck/-art</b>		<b>Ergebnis</b>
BVUA	17.09.2024	Vorberatung	nichtöffentlich	
GR	24.09.2024	Entscheidung	öffentlich	
<b>Beschlussvorlage</b> Vorlage zur Benennung einer Straße und eines Platzes im Bereich des Bebauungsplans "Zwischen Christophstraße und Storlachstraße", Gemarkung/Flur Reutlingen - Antrag 21/005/076 der Fraktion der Grünen und Unabhängigen vom 29.11.2021				
<b>Bezugsdrucksache</b> 21/005/076, 20/087/01				

## Beschlussvorschlag

Entsprechend den Plankennzeichnungen in der Detailkarte (Anlage) erhält

- der schraffiert dargestellte Platz im nördlichen Bereich des Bebauungsplangebiets den Namen **Matthias-Erzberger-Platz** und
- die schraffiert dargestellte Fläche, welche das neue Wohngebiet parallel zur Christophstraße zwischen den Baufeldern verbindet, den Namen **Matthias-Erzberger-Höfe**.

## Kurzfassung

Der im Bebauungsplanverfahren „Zwischen Christophstraße und Storlachstraße“ geplante, nördliche Platz sowie die innerhalb der Baufelder liegende Verbindungsachse sollen zum Zweck der Orientierung und Adressierung Namen erhalten.

## Begründung

Im Bebauungsplanverfahrensgebiet „Zwischen Christophstraße und Storlachstraße“ entsteht ein neues Wohnquartier mit ca. 140 Wohnungen. Der Zugang zu den Mehrfamilienhäusern wird nach aktueller Planung hauptsächlich über die drei Hofräume entlang der Verbindungsachse zwischen dem südlichen Platz bei Gebäude Christophstraße 11 und dem nördlichen Quartiersplatz erfolgen. Diese in der Detailkarte (Anlage) hervorgehobene Verkehrsanlage soll zum Zweck der eindeutigen Orientierung und der Adressierung eine eigene Straßenbezeichnung erhalten. Die Bezeichnung „Höfe“ nimmt dabei den planerischen Gestaltungsgrundgedanken des Gebiets auf, bei dem über die Hofräume Begegnungsmöglichkeiten für die Anwohner geschaffen werden sollen.

Aufgrund seiner zentralen räumlichen Lage und Größe, soll auch der nördliche Quartiersplatz benannt werden. Damit besteht auch dort die Möglichkeit, Adressierungen von Wohngebäuden vorzunehmen.

### Benennung nach Matthias Erzberger:

Mit den Benennungen des nördlichen Quartiersplatzes sowie der Verbindungsachse im Wohnquartier soll der schwäbische Demokrat und Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1875 –1921) gewürdigt werden. Auf diese Weise wird der Beschluss des Reutlinger Gemeinderats vom 26.04.2012 umgesetzt. Der damalige Beschlussvorschlag lautete: „Bei passender Gelegenheit wird eine Benennung nach Matthias Erzberger vorgenommen“.

Die Umsetzung des Benennungsbeschlusses im Gebiet des Bebauungsplans „zwischen Christophstraße und Storlachstraße“ wird als geeignet angesehen, weil mit der Vielzahl der entstehenden Wohnadressen der Name des Politikers im Gebrauch und damit im Bewusstsein der Bevölkerung verbleibt. Dadurch wird eine adäquate Würdigung der Persönlichkeit erreicht.

Der Antrag der Gemeinderatsfraktion Die Grünen und Unabhängigen, GR-Drs 21/005/076, mit dem Ziel der Benennung des Quartiersplatzes im Bebauungsplangebiet Justinus-Kerner-Straße nach Matthias Erzberger hatte ebenfalls die Absicht, den verdienten, im Landkreis geborenen Politiker im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit stärker zu verankern. Der zur Benennung vorgeschlagene Platz, liegt jedoch genau zwischen den bereits am 29.09.2020 beschlossenen Straßenbenennungen Lisel-Zweigle-Straße und Elisabeth-Zundel-Straße (GR-Drs 20/087/01), in denen die neu gebauten Wohnhäuser ihre Adressen haben werden. Adressierungen auf den Quartiersplatz sind aufgrund der Gebäudeabstände zu dieser Fläche nicht vorgesehen. Die Benennung dieses Platzes findet somit im täglichen Gebrauch nur selten Verwendung, so dass Bedenken bestehen, dass die mit der Benennung verbundene und beabsichtigte Ehrung des Namensgebers nicht langfristig erreicht wird. Die mit dem Beschlussvorschlag dargestellte alternative Benennung wird diesbezüglich als zielführender angesehen.

Damit ist der Antrag der Fraktion Die Grünen und Unabhängigen (GR-Drs 21/005/076) erledigt.

Mit der Benennung des Platzes bzw. der Straße übt die Stadt Reutlingen das ihr nach § 5 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg zustehende Selbstverwaltungsrecht im Ermessenswege aus. Gleichlautende Benennungen innerhalb derselben Gemeinde sind dabei unzulässig.

Die Lage und der Verlauf der zu benennenden Fläche sind in der Detailkarte in der Anlage dargestellt.

### **Informationen zur Person**

**Matthias Erzberger** (Quelle: <https://www.kas.de>, Konrad-Adenauer-Stiftung)

Publizist, Zentrums Politiker, Reichsminister

\*20. September 1875 Buttenhausen/Württemberg

t 26. August 1921 ermordet bei Griesbach/Schwarzwald

Zusammenfassung von Christopher Beckmann

### **Herkunft aus einfachen Verhältnissen**

Matthias Erzberger wurde am 20. September 1875 in Buttenhausen, einer 2.000-Seelen-Gemeinde auf der Schwäbischen Alb, als eines von sechs Kindern eines Schneidermeisters geboren. Der Vater arbeitete zusätzlich als Briefträger, um die Familie ernähren zu können. Da Geld und Verbindungen fehlten, musste Erzberger sich auf seinen Fleiß und seine Intelligenz verlassen. Seine später vielfach bewunderten enzyklopädischen Kenntnisse auf den verschiedensten Gebieten eignete er sich als Autodidakt an. Die Tatsache, den sozialen Aufstieg aus eigener Kraft geschafft zu haben, verhalf ihm zu einem kaum zu erschütternden Selbstbewusstsein.

Ein Lehrer erkannte Erzbergers Begabung und überredete den Vater, Matthias eine Ausbildung zum Volksschullehrer absolvieren zu lassen, die er als bester seines Jahrgangs abschloss. Für diese Ausbildung musste kein Schulgeld gezahlt werden, weshalb viele begabte, aber aus einfachen Verhältnissen stammende junge Männer diesen Weg gingen. Die Lehrtätigkeit ließ Erzberger genug Zeit, sich intensiv mit politischen Fragen zu beschäftigen. Schnell wurden führende Zentrums Politiker der Region auf den vielversprechenden jungen Mann aufmerksam, der in Streitgesprächen keinen Respekt vor

Alter oder Rang seines Gegenübers kannte. 1896 trat er in die Redaktion des „Deutschen Volksblattes“ ein, als deren Landtagsberichterstatter er die parlamentarische Praxis seiner württembergischen Heimat kennen lernte. Gleichzeitig übernahm er im Auftrag des Zentrums die Funktion eines Arbeitersekretärs, der Arbeitnehmer in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen beriet. Damit nicht genug: Um die Jahrhundertwende war er auch noch an der Gründung eines schwäbischen Handwerkerbundes und eines Bauernvereins sowie beim Aufbau christlicher Gewerkschaften federführend beteiligt. Eine solche Aufstiegs Geschichte mit Hilfe der Strukturen des katholischen Milieus war in der damaligen Zeit durchaus typisch.

### **Parlamentarier im Kaiserreich**

Bei der Reichstagswahl am 16. Juni 1903 kandidierte Erzberger erfolgreich im Wahlkreis Biberach und Umgebung und zog mit 28 Jahren als jüngster Abgeordneter in den Deutschen Reichstag ein. Er siedelte nach Berlin über, um dort stets präsent zu sein, und wurde so zu einem der ersten Berufsparlamentarier. Da die Zahlung von – zudem relativ bescheidenen – Diäten erst 1905 eingeführt wurde, schuf er sich als Herausgeber einer von zahlreichen Blättern genutzten Pressekorrespondenz ein politisches und wirtschaftliches Standbein. Schon 1904 wurde er Mitglied des wichtigen Haushaltsausschusses und dort Referent für den Militär- und Kolonialetat. In dieser Funktion entwickelte er sich zum ob seiner Detailkenntnis gefürchteten Experten in Militärfragen. Der preußische Kriegsminister Karl von Einem äußerte einmal: „Wenn ein neuer Antrag kommt, den ich nicht gleich verstehe, frage ich zuerst Erzberger. Der kann immer gleich Auskunft geben und weiß viel besser Bescheid als meine Offiziere und Beamten.“

Immer stärker wuchs bei Erzberger in diesen Jahren die Erkenntnis, dass das politische System des Kaiserreiches einer Parlamentarisierung dringend bedürfe. Er erklärte: „Es ist ganz klar, dass ein Volk, das die allgemeine Schulpflicht, die allgemeine Wehrpflicht, die allgemeine Steuerpflicht hat, nicht nur regiert werden will von der Bürokratie, sondern dass kein Volk um den Zeitpunkt herumkommt, wo eine solche Erweiterung der Rechte des Parlaments notwendig ist.“ Er vertraute darauf, dass eine Parlamentarisierung zu einem höheren Verantwortungsbewusstsein aller Parteien führen, fähigen Parlamentariern den Weg zur Übernahme ministerieller Verantwortung ebnen und die Herausnahme des Kaisers aus dem politischen Tagesgeschehen das Prestige der Monarchie stärken werde. Außenpolitisch bewegte sich Erzberger lange in den Bahnen des vorherrschenden Zeitgeistes. Er war zutiefst davon überzeugt, dass das Deutsche Reich eine starke Armee brauche, um seine Interessen weltweit verfolgen zu können und trat deshalb im Reichstag energisch für die verschiedenen Vorlagen zur Heeresvermehrung ein. Auch den von Admiral von Tirpitz forcierten Ausbau der deutschen Flotte unterstützte er.

### **Lernprozess im Weltkrieg**

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges ließ er sich vom patriotischen Überschwang mitreißen, teilte die annexionistische Haltung der Mehrheit des Reichstages und entwarf Anfang September 1914 ein Kriegszielprogramm, das den Fantasien der rabiaten „Alldeutschen“ wenig nachstand. Es sollte sich allerdings zeigen, dass Erzberger einsichtig genug war, diese Ziele fallen zu lassen.

Seitens der Reichsregierung wurde ihm die Verantwortung für die deutsche Propaganda im neutralen Ausland übertragen, womit er erstmals in den Dienst der Exekutive trat. Dies war eine schwierige Aufgabe, hatte sich doch wegen der Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich die weltweite Stimmung gegen Deutschland gewandt. Trotz aller Anstrengungen vermochte Erzberger nicht zu verhindern, dass sie scharf antideutsch blieb. In den ersten beiden Kriegsjahren wurde er zudem mit verschiedenen diplomatischen Missionen betraut und entwickelte eine hektische Reisetätigkeit. So bemühte er sich vergeblich, den Kriegseintritt Italiens an der Seite der Ententemächte zu verhindern, wobei er in engem Kontakt mit dem Vatikan bis hin zu Papst Benedikt XV. persönlich stand. Am 1. März 1915 wurde er von Wilhelm II. zur Berichterstattung in privater Audienz empfangen – eine Auszeichnung, die für den Schneidersohn aus Buttenhausen wenige Jahre zuvor noch außerhalb des Vorstellbaren gelegen hatte.

Das schicksalhafte Jahr 1917 wurde auch für ihn zu einem Wendepunkt. Die militärische Lage war schwierig, ein vierter Kriegswinter für die ohnehin unzureichend ernährte Bevölkerung stand drohend bevor, die Stimmung in der Arbeiterschaft war auf einem Tiefpunkt angelangt. Erzberger nahm diese Realitäten zur Kenntnis und wollte Konsequenzen ziehen. Der Einführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, mit dem die Militärs behaupteten, England in kurzer Zeit in die Knie zwingen zu können, widersprach er. Statistische Berechnungen führten ihn zu dem Schluss, dass der gewünschte Erfolg ausbleiben müsse, da die Zahl der verfügbaren U-Boote viel zu klein sei. Der U-Boot-Krieg werde aber nahezu sicher zum Kriegseintritt der USA gegen Deutschland führen. Als dieses Szenario am 6. April 1917 Wirklichkeit geworden war, sah er in einem Verständigungsfrieden auf der Basis des Status quo ante die einzig verbliebene Option. Einem Zeitungsredakteur, der ihn daraufhin wegen seiner „Prinzipienlosigkeit“ kritisierte, schrieb er, „nur ein politischer Idiot kann im Jahre 1917 das Kriegsziel noch so stecken wie 1914/15“.

Innenpolitisch unternahm Erzberger einen neuen Anlauf zur Parlamentarisierung des Reiches und war Initiator der Friedensresolution des Reichstages. In einer als sensationell empfundenen Rede vor dem Hauptausschuss stellte er am 6. Juli 1917 die innen- und außenpolitische Lage in düsteren Farben dar und forderte Konsequenzen, „sowohl in der Wahlrechtsfrage wie in der engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament“. Am 19. Juli beschloss das Parlament mit einer Mehrheit aus Zentrum, linksliberaler Fortschrittlicher Volkspartei und SPD einen „Frieden der Verständigung“ ohne „erzwungene Gebietserwerbungen“ anzustreben. Es gelang jedoch nicht, die militärische und die politische Führung des Deutschen Reiches auf diese außenpolitische Linie zu verpflichten. Der zur Vorbereitung dieser Resolution geschaffene „Interfraktionelle Ausschuss“ aber bildete den Ausgangspunkt für die Formierung einer dauerhaften parlamentarischen Mehrheit. Erzberger hatte damit einer der Grundbedingungen des Parlamentarismus den Weg geebnet, nämlich der prinzipiellen Kooperationsbereitschaft aller demokratisch gewählten und gesinnten Parteien.

### **Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens und Annahme des Versailler Vertrags**

Die Friedensresolution schuf Erzberger zahlreiche Gegner innerhalb der alten, um ihre Stellung fürchtenden Eliten und machte ihn zum Gegenstand einer gezielten Hetze. Trotz der Angriffe trat er Anfang Oktober 1918 in die Regierung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden ein. Durch die sog. „Oktoberreformen“ war kurz zuvor die von ihm seit langem angestrebte parlamentarische Umwandlung des politischen Systems vollzogen worden. Erzberger übernahm die Leitung der Delegation für die Waffenstillstandsverhandlungen und unterzeichnete am 11. November 1918 das für Deutschland äußerst harte Waffenstillstandsabkommen. Dies bedeutete für die gerade ausgerufenen Weimarer Republik, die demokratischen Kräfte und für Erzberger persönlich eine schwere Hypothek. Die Köpfe der Obersten Heeresleitung, Ludendorff und Hindenburg, hatten angesichts der militärischen Lage ultimativ auf einen sofortigen Waffenstillstand gedrängt, auch unter Hinnahme härtester Bedingungen. Schon kurze Zeit danach begannen die Generäle jedoch, die sog. Dolchstoßlegende in die Welt zu setzen, wonach das „im Felde unbesiegte Heer“ von inneren Feinden „hinterrücks erdolcht“ worden sei. Theodor Heuss urteilte daher über Erzbergers Rolle beim Abschluss des Waffenstillstands: „...dass er dies tat, war sachlich und menschlich eine fehlerhafte Entscheidung. Denn diese Aufgabe wartete auf ein Mitglied der Obersten Heeresleitung, die für den Ablauf der Kriegshandlungen verantwortlich gewesen. Dies aber war nun, wenn man so will, Erzbergers ‚Schwäche‘, eine betriebsame, bedenkenlose, auch mutige Verantwortungswilligkeit...“.

### **Minister in der Weimarer Republik**

Matthias Erzberger gehörte dem ersten Kabinett der sog. Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) als Minister ohne Ressort an und behielt die Zuständigkeit für die Waffenstillstandsverhandlungen. In der von Juni 1919 an amtierenden, nur aus Zentrum und SPD bestehenden Regierung unter Reichskanzler Gustav Bauer war er als Vizekanzler und Finanzminister die entscheidende Figur. Er trat dafür ein, den harten Versailler

Friedensvertrag anzunehmen, da er befürchtete, dass die Alternative eine dauerhafte Besetzung und Zerstückelung des Reiches sein würde. Er wollte verhandeln und Verbesserungen erreichen, sah aber letztlich keine verantwortbare Alternative zur Unterschrift. Mit dieser rationalen Argumentation hatte er es schwer gegenüber den negativen Emotionen, die die Bestimmungen des Versailler Vertrags in Deutschland auslösten, und galt erneut vielen als „Verräter“ an Volk und Reich.

Mit Erzbergers Namen ist auch eine bis heute nachwirkende, einschneidende Reform der deutschen Finanzverfassung verbunden. Er vereinheitlichte das Steuerwesen und die Steuersätze und führte eine Luxussteuer sowie eine Abgabe auf Dividenden ein. Der Spitzensteuersatz wurde drastisch erhöht, wodurch auch während des Krieges erzielte Gewinne abgeschöpft werden sollten. Erzberger erklärte dazu, in der Vergangenheit seien „das Recht auf Eigentum maßlos betont, aber die Grenzen und Pflichten des Eigentums vielfach nicht scharf genug hervorgehoben“ worden. Neben der Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit sollte die Reichsfinanzreform angesichts starker föderalistischer Traditionen und Tendenzen den Einheitsstaat stärken, ohne die Eigenständigkeit der Länder aufzugeben. Bis heute in Kraft ist das damals von Erzberger eingeführte direkte Steuerabzugsverfahren durch die Finanzämter.

Als es zu einem Beleidigungsprozess kam, in dessen Verlauf persönliche Steuerunterlagen veröffentlicht und Vorwürfe wegen unlauteren Finanzgebarens gegen ihn erhoben wurden, trat er vom Amt des Finanzministers zurück. Die Angriffe gegen ihn rissen dennoch nicht ab. Er, der auch in der eigenen Partei nie unumstritten war, verkörperte für radikale Republikgegner all das, was sie verabscheuten. An die Spitze der Hetzkampagne setzte sich der deutschnationale Politiker Karl Helfferich, der in den vorangegangenen Jahren schon wiederholt mit Erzberger aneinandergeraten war und ihn leidenschaftlich hasste. Der Historiker Hagen Schulze urteilte: „Keiner besaß größere Verdienste um die Parlamentarisierung des Reiches und um die Festigung der Regierungskoalition; und die Reichsfinanzreform, die Erzberger anging, gehört zu den Jahrhundertwerken; aber es war dennoch ein Unglück für das Reich, für die Demokratie und für Erzberger selbst, dass gerade bei ihm so viele Fäden zusammenliefen.“

Am 26. August 1921 wurde Matthias Erzberger in Bad Griesbach im Nordschwarzwald, wohin er sich für einen kurzen Urlaub begeben hatte, während eines Waldspaziergangs erschossen. Die Mörder waren zwei Mitglieder der rechtsextremistischen terroristischen „Organisation Consul“, der ein Jahr später auch Außenminister Walter Rathenau zum Opfer fiel.

Die Ermordung Erzbergers stellte für die junge Demokratie einen irreparablen Verlust dar. Seine Arbeitskraft, sein Mut zu unpopulären Entscheidungen und seine Durchsetzungsfähigkeit haben ihr bitter gefehlt. Hätte Erzberger sich mit seinem Eintreten für die Parlamentarisierung des Reiches und für einen Waffenstillstand eher durchsetzen können als im Oktober 1918, wären die Aussichten der Weimarer Republik vermutlich besser gewesen. So aber war sie in unheilvoller Weise mit der Niederlage verknüpft. Sein früher Tod durch Mörderhand mag in der Rückschau als ein frühes Menetekel für das Schicksal der ersten deutschen Demokratie erscheinen, waren doch die Angriffe auf ihn stets auf die Republik als solche gemünzt. Zugleich aber ist die Person des zu Unrecht weitgehend in Vergessenheit geratenen Matthias Erzberger ein Beispiel für die demokratischen und zukunftsweisenden Potenziale der Weimarer Republik und Teil der demokratischen Traditionen, an die die Bundesrepublik bei ihrer Gründung 1949 anknüpfen konnte.

## Lebenslauf

- 1875 Matthias Erzberger wird am 20. September in Buttenhausen als Sohn des Schneiders und Postboten Josef Erzberger und dessen Frau Katherina (geb. Flad) geboren
- 1894-1896 nach dem Besuch des Lehrerseminars in Saulgau Tätigkeit als Volksschullehrer
- 1896-1903 Redakteur und Arbeitersekretär in Stuttgart
- 1899 Mitbegründer der christlichen Gewerkschaft in Mainz
- 1900 Heirat mit der Kaufmannstochter Paula Eberhard, der Ehe entstammen drei Kinder
- 1903-1918 Reichstagsabgeordneter des Zentrums, dort Experte für Militär- sowie Kolonial- und Budgetfragen
- 1914 zu Beginn des Ersten Weltkrieges Befürwortung weitreichender Annexionen; Übernahme der Koordinierung der Propaganda im neutralen Ausland sowie verschiedener diplomatischer Missionen
- 1917, im Juli Initiierung der Resolution des Reichstages für einen „Frieden der Verständigung“ ohne „erzwungene Gebietserwerbungen“ („Friedensresolution“ vom 19. Juli 1917)
- 1918, am 3. Oktober Ernennung zum Staatssekretär ohne Geschäftsbereich in der Regierung Prinz Max von Badens;
- am 6. November Übernahme der Leitung der Waffenstillstandskommission;
- am 11. November Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens
- 1919, 13. Februar: Reichsminister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Scheidemann mit besonderer Verantwortung für alle Waffenstillstandsfragen;
- 21. Juni: Vizekanzler und Finanzminister im Kabinett Bauer; Durchführung der großen Finanzreform
- 1920 Rücktritt als Reichsfinanzminister; Niederlegung des Reichstagsmandats
- 1921, am 26. August Ermordung auf einem Spaziergang bei Bad Griesbach durch zwei ehemalige Marineoffiziere

gez.  
Stefan Dvorak

Anlagen:  
1. Übersichtskarte  
2. Detailkarte